

Idsteiner Zeitung

und Anzeigebblatt.

Verkündigungsorgan des Amtsgerichts und der Stadt Idstein.

Erscheint wöchentlich dreimal
Dienstag, Donnerstag u. Samstag.

Inserate:
Die kleine Zeile 25 Pfg.
Reklamazeile 50 Pfg.

Mit der wöchentlich erscheinenden Beilage:

Des „Landmanns Sonntagsblatt“.

Redaktion, Druck und Verlag von Georg Grandpierre, Idstein.

Bezugspreis
monatlich 60 Pfg. mit Bringerlohn.

Durch die Post bezogen:
— vierteljährlich 1 Mark 80 Pfg. —
— Siehe Postzeitungskliste. —

N^o 32.

Dienstag, den 18. März

1919.

Politisches.

Reichsregierung und Nationalversammlung über die Sonderbestrebungen im Rheinlande.

Köln, 13. März. Wie die „Köln. Ztg.“ schreibt, wird gegenüber den im Rheinland neuerdings wieder stärker an die Öffentlichkeit tretenden Absonderungsbestrebungen im Laufe der heutigen Sitzung die Reichsregierung eine Erklärung abgeben, die sich scharf gegen alle Absonderungsbestrebungen ausspricht. Die rheinischen Abgeordneten in allen Parteien arbeiten zurzeit eine Erklärung aus, die als Antwort der Nationalversammlung ihr Einverständnis mit der Regierungserklärung aussprechen soll. Es wird beantragt werden, die Erklärungen überall in den rheinischen Gemeinden in der ortsüblichen Weise bekannt zu machen.

Die Verhandlungen in Spa.

Berlin, 12. März. Im Sitzungsbericht der Waffenstillstandskommission in Spa vom 11. März heißt es: Die belgische Kommission teilte mit, daß folgende deutsche Staatsangehörigen, die wegen Beteiligung an der Requirierung belgischer und französischer Materialien verhaftet worden waren, gegen Kaution aus der Haft entlassen worden sind: Wirth, Preuß, Schüler, Kürble, Schmidt, Wille, Leyse, Fischer, Winzen, Esser, Garth, Rosenberg und Joachim. — Die französische Kommission gab bekannt, daß die Verhandlungen über das Lebensmittellabkommen und die damit im Zusammenhang stehenden Schiffsverkehrs- und Finanzfragen in Brüssel am 13. März, 11 Uhr vormittags, beginnen. (Köln. Ztg.)

Handelsfragen des besetzten Gebiets.

Die Alliierten haben nach ihrer Mitteilung die Ausfuhr von Baumwollgarn aus dem besetzten ins unbesetzte deutsche Gebiet grundsätzlich gestattet, sich jedoch eine endgültige Entscheidung bis zur Beendigung der Bestandsaufnahme im besetzten Gebiet vorbehalten. Mineralwasser und sonstige Quellenprodukte können ins unbesetzte Deutschland ausgeführt werden. Die entsprechenden Ausfuhrgesuche sind an die Wirtschaftsabteilungen bei den alliierten Besatzungsbehörden zu richten. Die Ausfuhrerlaubnis für Druckpapier der Fabriken des Verbandes deutscher Steindruckereien will der Verband

in den Grenzen der Möglichkeit gewähren. Die Frage der Wiederausfuhr des nach dem besetzten Gebiet eingeführten Leders werde, wie die Alliierten erklärten, augenblicklich geprüft. Zur Regelung der Frage wurde die deutsche Regierung alliiertenfalls um einen Übersichtsplan gebeten, aus dem die Verteilung der hauptsächlichsten Rohstoffe und Fertigwaren im links- und rechtsrheinischen Gebiet hervorgeht, wie sie vor dem Waffenstillstand vorgenommen wurde. Das Reichsgesetzblatt, die Preussische Gesetzsammlung, das Wirtschaftliche Demobilisationsblatt und sonstige amtliche Mitteilungen sind, wie die belgische Kommission mitteilte, auch in der von den Belgiern besetzten Zone zugelassen. (Köln. Ztg.)

Die deutsche Friedensabordnung.

Weimar, 13. März. Das Kabinett ist sich jetzt schlüssig geworden über die Zusammenfassung der deutschen Friedensdelegation. Sie wird aus sechs Mitgliedern bestehen, und zwar den Reichsministern Graf v. Brochdorff-Rangau, Dr. David und Giesberts, dem demokratischen Abgeordneten Schücking, dem Gesandten in Bern Dr. Müller und dem Bankier Warburg in Hamburg. Die endgültige Entscheidung bei den Friedensverhandlungen, die man für Mitte April erwartet, soll jedoch nicht bei der Kommission, sondern beim Kabinett liegen.

Die deutsche Grenze im Osten.

Paris, 12. März. (Reuter.) Der Friedensrat behandelt die Frage der deutschen Grenze. Es besteht Grund, anzunehmen, daß der Rat der Forderung Polens nach Aushandigung von Danzig, Neufahrwasser und des Landstreifens links des Weichseltales, der die neuen polnischen Häfen mit Polen verbindet, stattgeben wird.

Eine Erklärung Lansing's.

Amsterdam, 12. März. Wie Reuter aus Paris meldet, erklärte Lansing in einer Unterredung mit der Presse, daß so rasch wie möglich Frieden geschlossen und Schiffe mit Lebensmitteln nach Deutschland geschickt werden müßten, um die Welt vor Anarchie zu bewahren.

Wann ist Friede?

Amsterdam, 13. März. Das Niederländische Pressbüro Radio meldet: Die „New York World“

es nicht sehen, da er dem Hause den Rücken zuwandte. Maria fühlte einen leichten Schauer beim Anblick der Schwwestern; sie sagte deshalb ängstlich: „Man beobachtet uns, bitte, lassen sie uns gehen.“

Er lachte amüsiert.

„Was liegt denn daran? Sind Sie so furchtsam? Ist es denn etwas Unrechtes, was wir tun? Jedermann darf uns sehen.“ Er wandte sich nicht um nach den Fenstern, sondern fuhr lebhaft fort: „Würden Sie gestatten, daß ich wieder einmal mit meinem Freunde Max hinauskomme, Ihr kleines Paradies zu sehen? Das muß ja jetzt im Frühlingschmuck bezaubernd schön sein.“

Maria nickte lebhaft.

„Wunderschön ist es bei uns. Alles prangt in Blütenpracht. Kommen Sie nur halb, denn dieses herrliche Blühen dauert nicht gar zu lange. Die Baumblüte ist so rasch vorbei, der Flieder ist gerade jetzt am allerschönsten und der Goldregen entfaltet eine Pracht, wie noch selten.“

„Und werden Sie dann wieder Ihre süßen Lieder spielen?“

Er sah ihr mit eigentümlichem Blick in die Augen, so daß es ihr ganz heiß und bekömmen zumute war.

„Ich werde spielen so viel Sie wünschen.“

„Und — Ihr Verlobter? Wird er es gestatten, daß Sie — daß Sie für mich spielen?“

Maria lächelte etwas geringschätzig.

„Er? Ach, er gestattet alles, was ich will, in dieser Beziehung können Sie unbesorgt sein. Er hat mir gegenüber gar keinen Willen.“

„Er liebt Sie wohl sehr?“

schreibt, daß Wilson und die Wortführer der Alliierten in Paris erklären werden, daß der Friede als zustande gekommen betrachtet werden soll, sobald die Deutschen einen Friedensvertrag unterzeichnet haben werden. Es soll nicht erst die Bestätigung durch den Senat in Washington oder die ratifizierenden Körperschaften der Alliierten abgewartet werden.

Deutsche Nationalversammlung.

(25. Sitzung.)

Weimar, 11. März.

In der 25. Sitzung der Nationalversammlung wurde am Vor- und Nachmittag über eine Interpellation betr. „Kirche und Schule“ verhandelt.

Reichskolonialminister Dr. Bell teilt mit, daß der Minister des Innern nach Berlin berufen wurde und wegen der Verkehrserschwerungen der Sitzung nicht beizubehalten könne. Er gab für ihn folgende Erklärung ab: Das Reich besitzt gegenwärtig keine Zuständigkeit auf dem Gebiete des Unterrichtswesens. Die Regierung kann deshalb nicht gegen etwaige gliedstaatliche Eingriffe in die Regelung des Religionsunterrichts Stellung nehmen. Innerhalb in die Reichsverfassung normative Bestimmungen über das Unterrichtswesen anzunehmen sind, wird bei der Beratung der Reichsverfassung zu prüfen sein.

Abg. Mumm (Deutschnatl.) macht sich zum Sprecher weiter Volkstheile, die das Empfinden haben, daß wir einem neuen Kulturkampf entgegengehen. Abg. Hellmann (Soz.): Die Kirche ist nur eine vorübergehende Erscheinung. Sie unterliegt, wie alle gesellschaftlichen Einrichtungen, einer ständigen Wandlung und sie wird einmal verschwinden. Die religionslose Schule soll nicht religionsfeindlich sein. Nur kirchenfrei soll sie sein.

Abg. Dr. Mausbach (Zentr.): Der energische Protest der evangelischen Geistlichkeit und der katholischen Bischöfe hat den Sturz Adolf Hoffmanns herbeigeführt und die Durchführung seines Programms vereitelt. Wir wollen, daß der Religionsunterricht ein Teil des Lehrplans der Volksschule sei und daß der katholische und evangelische Religionsunterricht unter der Führung der Kirchengemeinschaft stehe.

Abg. Weiß (Dem.): Wir wollen das Verhältnis zwischen Kirche und Staat in möglichst religionsfreundlichem Sinne gelöst haben. Zu den verschiedenen hier besprochenen Erlässen kann ich den Standpunkt meiner Fraktion dahin kennzeichnen: Wir stehen auf dem Stand-

Wieder traf sie der forschende Blick.

Maria senkte die Augen.

„Er wirkt schon seit zwei Jahren um mich, und hoffte nicht mehr auf Erfüllung seiner Wünsche. Als ich ihm mein Jawort gab, da konnte er kaum fassen, daß es Wirklichkeit war.“

„Seit zwei Jahren?“ wiederholte Assessor Feld sinnend. „Aber da waren Sie ja noch sehr jung?“

Ihr war dieses Verhör peinlich. Sie wollte doch nicht sagen, daß Felix Ebhardt ihr gleichgültig sei. Was sollte man von ihr denken? Sie kam sich in diesem Augenblick recht verächtlich vor und wäre am liebsten davongelaufen.

„Ich werde mir Mühe geben, ihn lieben zu lernen“, antwortete sie nach einer kleinen Pause.

Assessor Feld drehte gedankenvoll seinen hübschen Schnurrbart und brach das Thema rasch ab. Sie sprachen noch von einigen gleichgültigen Dingen. Mit festem Händedruck schieden sie voneinander, und Maria schlüpfte ins Haus, um zu Onkel Gottlieb zu gehen.

Sie fand den Alten schwer atmend im Lehnstuhl sitzen. Er sah lächelnd auf, als Maria eintrat. Doch schien er sehr matt zu sein.

„Onkel Gottlieb wie geht es Dir?“

„Schlecht, Kind — schlecht! Ich glaube, ich habe bald ausgelitten. Ich sehne mich nach dem Ende. Dort oben finde ich hoffentlich meine Lotte wieder.“

Er seufzte tief auf. Maria fühlte herzliches Mitleid mit dem alten Mann.

„Soll ich bei Dir bleiben, Onkel Gottlieb?“

Er schüttelte den Kopf.

(Fortsetzung folgt.)

Das kleine Paradies.

Roman von Irene v. Hellmuth.

Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Maria hatte Mühe, ihre freudige Bewegung zu verbergen, doch widerstrebte es ihr plötzlich, die Anlägerin der Braut zu machen. Deshalb sagte sie leise hinzu: „Die Sache beruht allerdings auf einem Irrtum — freilich — der Schein war gegen mich, aber die Damen ließen mir nicht Zeit, mich zu rechtfertigen.“

Der Assessor nahm sich vor, bei seiner Braut nähere Erkundigungen einzuziehen.

„Und wie geht es Ihrem Herrn Vater?“ fragte Maria.

„Nun, körperlich scheint er sich ja zu erholen. Wenn auch die eine Seite gelähmt bleiben wird, so ist es für mich und Mama schon ein Trost, daß es dem lieben Kranken besser geht. Aber es kommt uns immer vor, daß irgend eine geheime Sorge ihn bedrückt, etwas, was er uns verheimlichen möchte. Er ist manchmal in einer, so traurigen Stimmung, daß ich viel lieber das Schlimmste ertrüge, als diese Ungewißheit. Leider ist aus Papa nichts herauszubringen.“

Maria wollte eben dem besorgten jungen Manne ein Wort des Trostes sagen — da fiel ihr Blick zu den Fenstern der Wanderschen Wohnung hinüber, und sie bemerkte, daß sie von dort aus scharf beobachtet wurden.

Berta stand, vom Vorhang nur halb verdeckt, neben Ella und beide Damen sahen mit haßfunkelnden Augen herab. Der Assessor konnte

punkt, daß die Eltern nicht gezwungen werden dürfen, gegen ihr gewisses ihre Kinder einem Unterricht zuzuführen, bei dem sie Gewissenszwang und Gewissensbedrückung empfinden. Auch Lehrkräfte, die innerlich nicht mehr in dem Verhältnis zu unserer Kirche stehen, wie es zur Unterrichtsverteilung notwendig ist, dürfen nicht gezwungen werden, diesen Unterricht zu erteilen. Ich bestreite durchaus nicht, daß der bisherige Religionsunterricht manche Mängel aufwies. Er leidet noch immer an einem didaktischen Materialismus. Die Religionschulen sind oft mehr eine Plage als eine Freude. Aber wegen dieser Mängel sollte man den Religionsunterricht nicht aus der Schule herausnehmen, sondern wir alle, Pädagogen, Theologen, weltliche und staatliche Behörden, müssen daran arbeiten, um eine durchgreifende innere Reform des Religionsunterrichts herbeizuführen.

Abg. Dr. Kölsch (Deutschnatl.): Das Experiment hat kein Recht in der Schule. Unsere Kinder sind nicht zum Experimentieren da. Wir fordern die christliche Volksschule und den christlichen Unterricht in der Volksschule.

Abg. Kunkel (D. Sp.): Was der Redner der Demokratischen Partei gesagt hat, kann man fast Wort für Wort unterschreiben. Auf der ganzen Erde ist den Menschen die religiöse Anlage angeboren. Darum ist es Pflicht und Schuldigkeit des Staates und nicht irgend einer Gemeinschaft, diese kostliche Seelenkraft des Menschen zur völligen Entwicklung zu bringen. Ein Grauen und Entsetzen packt einen über die heutige Verrohung. Aber wir haben die Sittlichkeit nicht durch Parlamentsbeschlüsse oder auf Kommandobefehl, sondern durch religiöse Erziehung. Lassen Sie uns alle daran arbeiten, dieses hohe Gut unserem Volke zu erhalten. (Lebhafter Beifall rechts.)

Ministerpräsident Scheidemann: Es ist mehrfach die Vermutung ausgesprochen worden, die Regierung nehme nicht das nötige Interesse an diesen Verhandlungen. Das ist ein Irrtum. Wenn heute morgen bei der Eröffnung der Debatte bezüglich der Regierung nicht alles so geklappt hat, wie es hätte sein sollen, so kam das deshalb, weil die Regierung alle ihre Einrichtungen darauf getroffen hatte, die Sozialisierungsdebatte fortzusetzen. Das war eine Frage, die uns — das sage ich bei allem Interesse, das ich auch für diese Kulturfrage habe — jetzt für dringlicher erschien. Wenn Sie damit einverstanden sind, daß diese Fragen zur Zuständigkeit der Reichsregierung gehören sollen, dann finden Sie meine volle Zustimmung, aber wenn Sie uns in die Verfassung hinein diese Rechte geben wollen, dann wird der Ausgang dieser Debatte ein ganz anderer sein, als die Herren Interessenten sich vorgestellt haben.

Abg. Frau Zieg (Unabh. Soz.): Alle Religionen sind etwas Geschichtlichgewordenes und gehen mit der Entwicklung der Geschichte unter. Wir stellen der Religion die große, herrliche Weltanschauung des Sozialismus gegenüber. (26. Sitzung.)

Weimar, 12. März.

In der 26. Sitzung der Nationalversammlung wurde die zweite Beratung des Sozialisierungsgesetzes vorgenommen und zu Ende geführt. Nur kleinsten Änderungen wurde stattgegeben.

(27. Sitzung.)

Weimar, 13. März.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung 10,15 Uhr. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort

Reichswehrminister Noske: Meine Damen und Herren! Die Berliner Vorgänge sind im ganzen Reich mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt worden. Ich benutze die erste Gelegenheit, vor der Vertretung des deutschen Volkes Bericht zu erstatten. Die rote Fehde wird ja jetzt wieder gegen die Regierung und nicht zuletzt wieder gegen die Truppen getrieben. Die Nationalversammlung mag urteilen. Eine Woche lang hat die Schlacht mit allen Schrecken getobt. Ich kann Ihnen mitteilen, daß

der Aufstand niedergeschlagen ist. (Beifall.) Säuberungsaktion ist nur in einzelnen Vororten noch vorzunehmen. Es muß versucht werden, die Entwaffnung, so weit nur irgend möglich, durchzuführen. Daß es in Berlin zu dem wahnwitzigen Kampf, zu Mord und Plünderung kam, ist zum weitaus größten Teil auf das Schuldkonto einiger Blätter zu setzen, voran die „Rote Fahne“ und „Die Freiheit“, das Organ der Unabhängigen. (Großer Lärm und Rufe bei den Unabhängigen: Unverschämte Lüge! Schamlose Verleumdung! Unverschämter Geselle!) Der Präsident ruft den Abg. Haase wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung. Monatelang haben diese Organe die Berliner Bevölkerung in strupelloser Weise ausgepeitscht. (Erneuter Lärm bei den Unabhängigen.) Ein Bündel von Material aus der „Roten Fahne“ und aus der „Freiheit“ steht zur Verfügung. Der Redner zitiert einige der Heftartikel und fährt dann fort: Daß die Mitglieder der Unabhängigen Fraktion dieses Hauses alle diese Gemeinheiten und Schamlosigkeiten sich zu eigen machen.

(Lärmender Widerspruch und Zurufe bei den Unabhängigen, Pfuirufe und Zurufe: Nach Rußland mit den Kerlen!) Sofort nach der Verhängung des Belagerungszustandes habe ich das Erscheinen der „Roten Fahne“ verboten. Ich bin der Überzeugung, daß man in Tagen, wie wir sie in Berlin jetzt durchleben, den Brandstifter nicht mit der offenen Fackel in der Nähe des Pulverlagers herumlaufen lassen darf. Wie bei allen großen Massenbewegungen, so setzen sich auch bei diesem politischen Generalstreik allerlei unsaubere Elemente an die Fußspuren der ehrlichen und besonnenen Arbeiterschaft. Wie im Kriege die Hyänen das Schlachtfeld und die Kriegsgewinnler ein reiches Betätigungsfeld fanden, so bleiben auch dieser großen Bewegung die Hyänen der Revolution nicht erspart. Leider hat am Montag derartiges lichtscheues Gefindel an verschiedenen Stellen dem ehrlichen Kampf der Revolution und der Arbeiterschaft geschadet, daß es Plünderungen vornahm und Radausjahren unternommen hat. Die Verhängung des Be-

lagerungszustandes erfolgte erst, nachdem es zu heftigen Ausschreitungen und gewaltsamen großen Plünderungen in Berlin gekommen war, und erst daraufhin ist auch der Befehl zur Befestigung von Berlin erteilt worden. Der Redner schildert im einzelnen die Vorgänge in Berlin. Angeblich zur Säuberung anmarschierende Teile der Volksmarine division sollen vom Polizeipräsident unter Feuer genommen worden sein. Das wird bestritten. Ob die Matrosen als Helfer kamen, ist zweifelhaft, es ist eine Menge übler Elemente unter ihnen, und jedenfalls hatten sie mir gegenüber schändlichen Wortbruch verübt. (Hört! Hört!) Sie haben die angeblich auf sie gerichteten Schüsse zum Anlaß genommen, in beträchtlicher Zahl zu den Aufständigen abzuschwenken. Der Führer der Soldatenwehr, Müller, ein ruhiger, verständiger Mann, erschien am Mittwoch in meinem Amtszimmer, um in Sachen der aufgeregten Leute von der Volksmarine division mit mir zu verhandeln, und bei der Gelegenheit ist mir von den Matrosen mitgeteilt worden, daß, wenn nicht die sofortige Zurückziehung der Freiwilligentruppen aus Berlin erfolgte, für die nächsten Tage ein furchtbares Blutbad in Aussicht stehe. (Hört! Hört!) Nachts um 4 Uhr wurde mir mitgeteilt, daß die Verhandlungen gegenstandslos geworden seien, da der weitaus größte Teil der Matrosen gegen die Regierungstruppen kämpfte. Am Donnerstag morgen wurde mir gemeldet, daß im Marinehaus, wo die Matrosen division untergebracht war, zahlreiche Waffen an die Zivilbevölkerung abgegeben würden. Im Marinehaus sind neben der Bewaffnung der Division noch mehr als 4000 Gewehre, 120 Maschinengewehre und zwei Geschütze gefunden worden. Die Volksmarine division, die so unendliche Mühe in Berlin gemacht hat, besteht nicht mehr. (Stürmischer Beifall.) Ich gedenke tiefererschüttert der Menschen, die in diesen Schreckenstagen ihr Leben ließen.

Grauen aber packt jeden Menschen angesichts der tierischen Bestialität, mit der gemordet wurde. Leider sind die Opfer recht zahlreich. Ich bedauere, daß ein Teil der Presse leider durch die Sucht nach Sensation mehr gemeldet hat, als der Situation entsprach. Was aber gewesen ist, ist noch immer traurig genug. Es steht fest, daß in diesen Berliner Schreckenstagen Bestien in menschengestalt sich ausgerast haben wie Amokläufer. (Große Bewegung. Frau Zieg ruft: „Noske vor allen Dingen!“) Präsident Fehrenbach ruft Frau Zieg zur Ordnung. — Rufe: Raus, Megäre! Anbauende große Unruhe.) Es wurde behauptet, der Bürgermeister von Lichtenberg habe an mich geschrieben und mich erlucht, die Truppen aus Lichtenberg abzurufen oder nicht einmarschieren zu lassen. Das ist nicht wahr. (Hört! Hört!) Ich freue mich, feststellen zu können, daß Lichtenberg fast kampflös von unseren Truppen befreit ist. Dazu hat beträchtlich beigetragen der Erlaß, den ich schweren Herzens am 9. März gezeichnet habe: Jede Person, die mit den Waffen in der Hand gegen die Regierungstruppen kämpfend angetroffen wird, ist sofort zu erschießen. (Lebhafter Beifall rechts.) In höchster Not habe ich mich zu dieser Anordnung entschlossen. (Rufe rechts: Bedarf keiner Entschuldigung!) Aber ich durfte die Abschachtung von einzelnen Soldaten nicht weiter dauern lassen, ich mußte dieser Bestialität Einhalt tun durch die

Androhung der äußersten Schreckmittel. (Sehr richtig! rechts) Ich habe den Versuch gemacht, acht Tage in Berlin mit dem Belagerungszustand und den Kriegsgerichten auszukommen. (Unruhe bei den Unabhängigen.) Was aber das Recht der Revolution in Rußland war, das werde ich mir als Recht der Revolution nicht strittig machen lassen, wenn das Schicksal unseres Landes auf dem Spiele steht. (Beifall bei der Mehrheit.) (Abg. Haase: Keine gesetzliche Grundlage!) Die Kommunisten von Bremen, Braunschweig und Düsseldorf haben in der Zeit, als sie in diesen Orten das Regiment ungestört hatten, wiederholt den Belagerungszustand verhängt und wiederholt die Todesstrafe für geringere Dinge angelündigt, als sie in Berlin jetzt vor sich gehen. (Sehr wahr! bei der Mehrheit. Zurufe bei den Unabhängigen.) Ich lasse mich auf juristische Titeleien nicht ein. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.) Wenn in den Straßen von Berlin Tausende von Menschen die Waffen gegen die Regierung führen, wenn Plünderer und Mörder Orgien feiern, dann bestand ein Zustand außerhalb jedes Rechts, und die Staatsnotwendigkeit gebot mir, so zu handeln, daß so rasch wie möglich Ruhe und Sicherheit wiederhergestellt wird. (Beifall bei der Mehrheit.) Mögen die Rasenden, die das Reich jetzt zerstören, wieder zur Vernunft kommen, damit ein normaler Rechtszustand bald wieder eintreten kann. Je früher ich die furchtbare Bürde meines Amtes in Berlin los werde, um so lieber würde es mir sein. (Unruhe bei den Soz.) Was geschah, verantwortete ich vor dem Staate, dem Lande und dem Volke. (Unruhe bei den Unabh.) Ich scheue das Urteil der Nation nicht. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit; anhaltendes Zischen bei den Unabhängigen; erneuter Beifall bei der Mehrheit.)

Außerhalb der Tagesordnung erhält das Wort Ministerpräsident Scheidemann: Nach dem Stande der Dinge sind wir der Ansicht, daß jede staatsrechtliche Umgestaltung vor Friedensschluß geeignet ist, die nationale Einheit unseres Vaterlandes zu bedrohen. (Allseitige Zustimmung.) Angesichts der gesamten Sachlage habe ich im Namen der Reichsregierung zu erklären: Die Reichsregierung sieht in jedem Versuch der Losreißung links- und rechtsrheinischer Lande einen durch keinen Vorwand zu beschönigenden Verstoß gegen das allgemein anerkannte Nationalitätsprinzip und eine unerhörte Vergewaltigung des einheitlich fühlenden deutschen Volkes. (Lebhafter Beifall.) Die Regierung weiß sich darin völlig einig mit der heiligen Überzeugung der gesamten links- und rechtsrheinischen Bevölkerung, die nichts gemein haben will mit den eigennütigen Bestrebungen einzelner interessierter Personen. (Allseitige Zustimmung.) Die rheinische Bevölkerung ist deutsch und wird deutsch bleiben. (Sturm. Beifall.) Die Regelung des Verhältnisses der rheinischen Lande zum Reich ist eine rein innerdeutsche Angelegenheit. Diese Frage kann nur im Rahmen der Reichseinheit gelöst werden. Die Reichsregierung und die Nationalversammlung widmen ihr die ernsteste Beachtung. Eine endgültige Lösung kann erst nach Friedensschluß und nur auf verfassungsmäßigem Wege erfolgen. (Lebhafter allseitiger Beifall.)

In der Sitzung wird nach längerer Debatte das Gesetz über die Kohlenwirtschaft in 2. und 3. Lesung gegen die Stimmen der Unabhängigen und der Rechten mit Ausnahme der Christlichsozialen angenommen. Das Sozialisierungsgesetz wird in 3. Lesung gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Nächste Sitzung Dienstag, den 25. März; im Bedarfsfalle wird eine frühere einberufen.

Weimar, 12. März. Der durch seine Tätigkeit als Berliner Polizeipräsident bekannt gewordene Abgeordnete Eichhorn hat von Braunschweig, wo er sich seit einiger Zeit bei seinen kommunistischen Freunden aufhält, an den Präsidenten der Nationalversammlung ein Schreiben gerichtet, daß er an der Tagung der Nationalversammlung teilzunehmen gedenke, unter der Voraussetzung, daß ihm vom Präsidenten der Schutz seiner Persönlichkeit gesichert werde.

Preussische Nationalversammlung.

Berlin, 13. März.

Das Haus ist gut besetzt. Um 2 Uhr 45 Minuten treten die Mitglieder der vorläufigen Regierung Hirsch, Ernst, Fischbeck, Braun, Südekum, Hähnisch und Goebbe in den Saal.

Während die anderen an den Regierungstischen Platz nehmen, tritt der Ministerpräsident Hirsch an das Rednerpult und begrüßt die Versammlung mit einer Ansprache.

Darauf nimmt der Alterspräsident, Abgeordneter Herold (Str.), der im Jahre 1848 geboren ist, die Leitung der Versammlung und begrüßt die Erschienenen, besonders die Frauen. Als Schriftführer beruft er Frau Hanna und die Abg. Specht, Mayer (Frankfurt) und Graf (Anklam.) Es sind bereits 340 Mitglieder angemeldet, die Versammlung ist also beschlußfähig.

Eingegangen ist das Gesetz über die vorläufige Verfassung und ein Antrag Hoffmann (Unabh. Soz.) auf Aufhebung des Ständerechts in Berlin.

Der Alterspräsident schlägt vor, die nächste Sitzung morgen nachmittags 3 Uhr abzuhalten mit der Tagesordnung: Antrag zur Geschäftsordnung, Wahl des Präsidiums, vorläufige Verfassung.

Abg. Adolf Hoffmann (Unabh. Soz.) beantragt, außerdem noch seinen Antrag auf die Tagesordnung zu setzen, damit dem Norden in Berlin Einhalt getan wird. (Unruhe.) Wir dürfen keine Stunde mehr warten. (Zurufe bei den Soz.: Ihre Schuld!)

Nach weiterer Geschäftsordnungs-Ausprache, an der sich die Abgeordneten Friedberg (Dem.), Bergt (Deutschnatl.), v. Krause (Lib.) und Dr. Porsch (Str.) beteiligen, wird beschlossen, die Frage des Belagerungszustandes auch auf die morgige Tagesordnung zu setzen.

Aus nah und fern.

Itzehoe, den 17. März 1919.

— Holzpreise. Bei der am Freitag im städt. Walde abgehaltenen Holzversteigerung wurden folgende Durchschnittspreise erzielt: eichen Knüppel 49.96 M, Reiser 21.88 M; buchen Knüppel 92.56 M, Reiser 26.60 M die Klafter, buchen Wellen 15.70 M das Hundert; Nadelholz Knüppel 46.20 M die Klafter.

— Impfungen. Der Herr Administrator hat, laut landrätlicher Bekanntmachung, angeordnet, daß die gesamte Bevölkerung, aufgenommen die Personen, die im letzten Jahre mit Erfolg geimpft worden sind, gegen Pocken geimpft werden muß.

— Die neuen Steuervorlagen. Die „Voss. Zeitung“ meldet: Reichsfinanzminister Schiffer ist gegenwärtig mit der Vorbereitung und Ausarbeitung der neuen Steuervorlagen beschäftigt, die der Nationalversammlung in Weimar in den nächsten Wochen vorgelegt und von ihr noch vor der Osterpause zum mindesten in erster Lesung beraten werden sollen. Das umfangreiche Steuerbündel wird neben der Vermögenssteuer u. a. eine Tabak- und Zündholzsteuer enthalten.

— Die Transporte beginnen. Die Mannheimer Lagerhausgesellschaft hat für die regelmäßigen Transporte ab Rotterdam acht Schleppschiffe dorthin beordert. Die regelmäßigen Lebensmittellieferungen sollen in dieser Woche noch beginnen. Am letzten Samstag ist von Rotterdam mit dem Eisgutdampfer „Industrie 11“ die erste Sendung Lebensmittel von den Alliierten nach Duisburg abgegangen.

— Vorbereitungen zu den Friedensverhandlungen. Im Saale des Reichsschatzamtes in Berlin fand am Mittwoch vormittag eine Besprechung statt über die von Deutschland bei den kommenden Friedensverhandlungen zu verfolgenden Ziele. In der von dem Vorkämpfer Grafen Bernstorff geleiteten Sitzung nahmen Vertreter der verschiedenen Reichsbehörden teil, ferner die zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen bestimmten Sachverständigen. Graf Bernstorff führte einem amtlichen Bericht zufolge aus, daß uns nach den bisher vorliegenden Pressenachrichten in acht bis vierzehn Tagen der Entwurf für

den Präliminarfrieden vorgelegt würde, der uns voraussichtlich vor die folgenschwersten Entschlüsse stellen werde. Die Kolonialfragen, die Arbeiterfrage u. a. würden wahrscheinlich erst beim Hauptfrieden zur Verhandlung kommen. Graf Bernstorff teilte mit, daß das die Territorialfragen betreffende Material fertiggestellt sei und daß für diese Fragen Sachverständige bestellt wären. Allgemein betonte der Botschafter, daß die Reichsregierung strikt auf dem Standpunkt stehe, daß für die kommenden Friedensverhandlungen, die sowohl von Deutschland als auch von seinen Gegnern angenommenen 14 Punkte Wilsons, sowie die in seinen vorjährigen Rundgeburgen aufgestellten Grundsätze für eine gerechte Friedensregelung die Richtschnur zu bilden haben. Von den Vertretern des Reichsausschusses wurde ein kurzer Ueberblick über Deutschlands Finanzlage gegeben. Der Vertreter der handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes besprach diejenigen Wilsonschen Grundsätze, die sich auf das Wirtschaftsleben beziehen. Er entwickelte im einzelnen die von Deutschland auf wirtschaftlichem Gebiet anzustrebenden Ziele. Ein Vertreter der Kölner Handelskreise forderte, daß die Regierung gegen den Plan der Schaffung eines linksrheinischen Pufferstaates, sowie gegen die wirtschaftliche Trennung des linksrheinischen vom rechtsrheinischen Gebiet alles aufbieten solle. Graf Bernstorff erklärte hierzu, daß nach seiner Auffassung Deutschland gemäß den Grundsätzen verhandeln werde. Mehrere Redner verbreiteten sich über die Interessen der Rheinschifffahrt. Andere brachten Forderungen ihrer Interessengruppe bezüglich des Versicherungswesens im Auslande, auf eine internationale Regelung des Achtstundentages und den Wiederaufbau der deutschen Handelsfirmen im Auslande zum Ausdruck. Ein Vertreter der Eisenindustrie betonte die Notwendigkeit der alsbaldigen Wiederherstellung der deutschen Kredite im Auslande.

— **Vereinheitslichungen.** In den letzten Tagen haben in Weimar zwischen Vertretern der Reichsregierung und solchen der süddeutschen Einzelstaaten Verhandlungen über die Vereinheitslichung des Heeres- und Verkehrswezens stattgefunden, die unter der Voraussetzung, daß Preußen dieser Vereinheitslichung und der Beseitigung von Sonderrechten zustimmt, die Aussicht auf eine günstige Erledigung noch vor dem Abschluß der Verhandlungen der Verfassungskommission bieten.

— **Die Vergütung für die Besatzungslasten,** die auf Grund des Gesetzes vom 2. März 1919 gewährt wird, ist eine derart geringe, daß sie bei weitem nicht den Aufwendungen entspricht. Wie aus Bonn gemeldet wird, ist beabsichtigt, seitens der rheinischen Städte eine Erhöhung der Sätze bei der Reichsregierung zu beantragen.

— **Der Durchgangsverkehr Basel—Straßburg** ist, wie aus Mainz gemeldet wird, wieder aufgenommen worden und damit unter den vorgeschriebenen Ausweisen der Ansehungsverkehr nach dem linksrheinischen Gebiet.

— **Zur allgemeinen Warnung.** In Anbetracht dessen, daß noch immer Versuche gemacht werden, die Bestimmungen der Besatzungsbehörden zu umgehen, sei für jedermanns Warnung darauf hingewiesen, daß nach einer Meldung des Pariser „Journal“ in dem der Festung Straßburg vorgelagerten Brückenkopf Rehl bisher Gesamtschätzungen in Höhe von 80 000 M wegen Uebertretungen bei einer Bevölkerungsziffer von 30 000 Seelen verhängt wurden.

— **Die sieben Forderungen des Turnens!** Die unter diesem Titel erschienenen und von Seiten des Reichsausschusses für Leibesübungen an die Deutsche Nationalversammlung gerichteten Forderungen auf dem Gebiete des Turnens, der Leibesübungen und des Sportes dürften von jedem praktischen Sportsmann wohl ohne weiteres zu akzeptieren sein. Wie notwendig es ist, die Pflege des Turnens und des Sportes mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu fördern, werden besonders diejenigen Personen, Verbände und Vereine erfasst haben, die sich schon früher damit beschäftigt haben, und daß dies für die Folge in weit höherem Maße erforderlich ist als seither, dürfte ihnen klar sein. Verfolgt doch das Turnen und der Sport nicht allein nur den großen Zweck, den menschlichen Körper zu kräftigen und zu bilden, die Widerstandsfähigkeit zu erhöhen und die Entschlossenheit zu fördern. Eine weit wichtigere Aufgabe steht ihm heute bevor und zwar die, die allgemeine Volksgeundheit, die durch den furchterlichen Krieg so außerordentlich gelitten hat, zu heben, um damit der Gesundung des deutschen Volkes gute Dienste zu erweisen. Ein ganz besonderes Kapitel bildet die Erziehung der Jugend. Daß hier große Arbeit geleistet werden muß, ist nicht von der Hand zu weisen. Besonders die erste Forderung wird bei der gesamten Sportwelt die Unterstützung finden, sind doch noch sehr viele Städte und Gemeinden in dieser Beziehung weit zurück. Aber mit den Sport- und Spielplätzen allein ist der Zweck nicht erfüllt. Auch sämtliche modernen Turnhallen müssen den Vereinen, die sich freiwillig diesem Werke widmen, zur Verfügung stehen. Ob mit der gesetzlichen Pflicht der Ausübung des Sportes der eigentliche Zweck erreicht werden wird, steht nach den Erfahrungen in dieser

Hinsicht sehr in Frage. Vielleicht wäre es ratsamer, die ganze körperliche Erziehung mehr auf Freiwilligkeit aufzubauen und dazu alle Körperschaften und Vereine mit heranzuziehen. Die Hauptaufgabe ist heute, daß die behördlichen und städtischen Körperschaften allen Vereinen und Verbänden in weitestgehendem Maße entgegenkommen und daß Jedermann, ob männlichen oder weiblichen Geschlechts, sich mit Leibesübungen betätigt, zum Segen seines eigenen Körpers und seiner Gesundheit.

— **Ein reingefallener Kaffeeschieber.** Der in Wiesbaden, Dranienstraße, wohnende Buchhalter Kurt Levison hatte vor kurzem zwei Handlöffel, gefüllt mit ungebranntem Kaffee, in das unbefestigte Gebiet auszuführen versucht. Bei der Revision im hiesigen Bahnhof wurde er abgefaßt. Dieser Mißglückte Schieberversuch brachte den L. jetzt vor das französische Militärgericht in Wiesbaden, das ihn in eine Gefängnisstrafe von einem Monat, außerdem in eine Geldstrafe von 200 Francs nahm.

— **Wiesbaden, 10. März.** Der langjährige Präsident der evangelischen Konsistorien zu Wiesbaden und Frankfurt, Geheimrat D. Dr. Ernst, hat wegen hohen Alters sein Abschiedsgesuch eingereicht.

— **Biebrich, 13. März.** Nächsterweil hatten, wie die Tagespost meldet, unbekannte Elemente dem Landesdenkmal in der Richard-Wagner-Untage einen Besuch abgestattet und der Figur des Herzogs Adolf einen Stahlhelm aufgesetzt. Der Helm wurde wieder entfernt.

— **Eronberg, 13. März.** Drei hiesige Einwohner plünderten die französische Mannschafstüche im „Frankfurter Hof“ aus. Die Täter wurden ermittelt und zu ihrer Bestrafung nach dem Innern des besetzten Gebietes abgeführt.

— **Höchst a. M., 13. März.** Beim Kohlen sammeln an den glühenden Schlackenhaufen gerieten die Kleider des 7jährigen Töchterchens des Arbeiters Prachlichterloh in Brand und das Kind erlitt so schwere Verletzungen, daß es am nächsten Tage starb.

— **Mainz, 13. März.** Ein 50jähriger hiesiger Schiffer wurde, als er im Begriffe war, abends auf sein im Gustavsburger Hafen liegendes Schiff zu gehen, zwischen Kassei und Koftheim von drei Burschen überfallen, schwer mißhandelt und schließlich die Böschung hinab auf das Bahngelände geworfen. Von zwei Bahnbeamten wurde später der Schwerverletzte gefunden. Er wurde ins Mainzer Krankenhaus gebracht.

— **Mainz, 13. März.** Zu großen Unruhen kam es gestern im Vorort Koftheim. Acht Kriminalschutzeleute hatten auf Denunziation Hausdurchsuchungen nach gestohlenen Gegenständen aus dem Bekleidungsamt vorgenommen und ganze Wagenladungen entdeckt und fortgeschafft. Dabei wurde ein Kriminalbeamter mit einem Stein geworfen und verletzt. Das Haus des Denunzianten mußte polizeilich besetzt werden, die Bewohner wollten es stürmen.

— **Frankfurt a. M., 11. März.** Der Magistrat unterbreitete der Stadtorordnetenversammlung eine Vorlage, die eine Steuererhöhung von 172 auf 215 Prozent vorsieht. Das Wirtschaftsjahr 1918 schließt mit einem hohen Fehlbetrag ab. Der Haushaltsplan für 1919 weist mindestens 18 Millionen ungedeckte Ausgaben auf. Zur Deckung weiterer schwebender Ausgaben soll im April ein fünftes Quartal städtischer Steuern und Gebühren zur Erhebung gelangen. Der Ertrag dieser Nachsteuern wird auf sieben Millionen veranschlagt. Die Erhebung dieser Nachsteuern soll auf die städtischen Einkommen beschränkt bleiben. Die Realsteuern bleiben befreit.

— **Aus Rheinhessen, 12. März.** 15 000 M für den Morgen Weinberg. Dieser im westlichen Rheinhessen noch nie erlebte Rekordpreis wurde in letzter Woche bei einer in Planig abgehaltenen Güterversteigerung des dortigen Landwirts G. Angebracht erzielt. Ob bei normalen Weinpreisen und in normalen Weinjahren da noch ein Weinberg rentieren kann, darf billig bezweifelt werden.

— **Aus der Pfalz, 13. März.** Seit einigen Tagen stehen die Mandelbäume in Landau, Grünstadt und Deidesheim in voller Blüte, während die Knospen der Pfirsiche und Aprikosen am Ausbrechen sind. Ueberhaupt zeigen die Obstbäume viele Frühlingsknospen.

— **Hamborn, 12. März.** Nachdem die Firma Thyssen den streikenden Bergarbeitern erklärt hatte, daß sie kein Vertrauen mehr zu ihnen habe und zu weiteren Verhandlungen erst bereit sei, wenn die Arbeit wieder aufgenommen werde, sind die Bergschaften der hiesigen Sechen heute früh vollzählig angefahren.

— **Barmen, 12. März.** Etwa 2000 Bauarbeiter zogen vor das Rathaus und eine Abordnung trug dem Beigeordneten Köhler die Forderungen vor, die sich auf einen Stundenlohn von 2 Mark für Hilfsarbeiter und 2,10 M für gelernte Bauarbeiter erstrecken. Der heutige Frühlingsstag wurde zudem zum Feiertag für die Bauarbeiter unter voller Lohnauszahlung erklärt. Die städtische Verwaltung wurde um Vermittlung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern ersucht und sagte sie zu. Ein Ergebnis ist noch nicht erzielt.

— **Berlin, 13. März.** Laut „Lok.-Anz.“ hat der Rest der Spartakiden, die unter dem Druck der Regierungstruppen bereits während der Nacht teilweise ihre Stellungen in Lichtenberg geräumt hatten, um 9¹/₂ Uhr die Waffen fortgeworfen und ist aus den Verschanzungen hinter dem Bahnhof Frankfurter Allee verschwunden.

— **Berlin, 13. März.** In Lichtenberg hat man mit der Durchsuchung der Häuser nach Waffen begonnen. Diese Arbeit wird mehrere Tage in Anspruch nehmen. Damit dürfte die Gewalttätigkeit der Spartakiden, die Berlin über eine Woche in Angst und Schrecken versetzte und ungeheure Opfer an Gut und Blut gefordert hat, gebrochen sein. Man glaubt, daß es zu größeren Kampfhandlungen nicht mehr kommen wird, nimmt aber an, daß der Kleinkrieg noch einige Tage andauern wird. Dank den getroffenen umfassenden Maßnahmen wird es dann aber auch gelingen, die letzten Dachschützen unschädlich zu machen.

— **Berlin, 13. März.** Gegenwärtig wird in der Arbeiterbevölkerung Berlins eine rege Propagandatätigkeit für einen neuen Generalstreik entfaltet. In unzähligen Flugblättern, Ansprachen auf den Straßen usw. wird mitgeteilt, daß spätestens am 25. d. Mts. der neue Generalstreik beginnen wird. Unter Zuhilfenahme der bekannten radikalen Agitationsphrasen wird betont, daß diesmal „gründliche Arbeit verrichtet werden soll“. Ferner wird sich der Generalstreik nicht nur auf Berlin beschränken, sondern auf das ganze Reich erstrecken.

— **Halle, 13. März.** Angesichts der Tatsache, daß die spartakistischen Plünderer ihre Tätigkeit auf die ländlichen Orte ausdehnen und dort noch zahlreiche verborgene Waffenlager haben, hat General Maeder von Dienstag ab den Belagerungszustand auf die Bezirke von Merseburg, Bitterfeld, Delitzsch, Wittenberg, Könnern, Seeburg, Lützen und Schleuditz ausgedehnt. In Halle beträgt die Zahl der Verwundeten aus den letzten Kämpfen 170, die der Toten 55. Der Schaden durch Plünderungen beträgt annähernd 18 Millionen Mark. Die Zahl der verhafteten Plünderer beläuft sich auf 280.

— **Breslau, 12. März.** In Oberschlesien sind ungefähr 50 Spartakiden festgenommen worden, die sich an den blutigen Krawallen in Radzioufau, Laurahütte und Mikulschütz beteiligt hatten. Auch in Breslau ist eine Anzahl von Spartakiden verhaftet worden, darunter der Student der Medizin Horst Fröhlich, der verantwortliche Herausgeber des in Breslau neu erschienenen kommunistischen Organs „Spartakus“.

— **Stettin, 12. März.** Dem früheren Oberpräsidenten Michaelis (dem ehemaligen Reichskanzler) ist von der preussischen Regierung mitgeteilt worden, daß man zum 1. April die Stelle des Oberpräsidenten anders zu besetzen gedenke. Daraufhin hat Michaelis sein Entlassungsgesuch eingereicht.

— **Stromberg (Hunsrück), 12. März.** Zwei Wilddiebe wurden durch drei Beamte der Oberförsterei Neupfalz erschossen, als sie sich im Distrikt Steinberg an einem Stück Wild zu schafften machten und als sie ertappt wurden, auf die Forstbeamten anlegten. Beide haben schon seit längerer Zeit in den Forsten hier Wildddieberei getrieben; den Gestalt nach zu urteilen, handelt es sich um die beiden Männer, die im November 1918 fast an der gleichen Stelle auf den Hegemeister Ruhn Schüsse abgegeben haben.

— **Genf, 13. März.** „Progres de Lyon“ meldet aus London, weiteste politische Kreise hätten die Idee eines Prozesses gegen Wilhelm II. als unmöglich aufgegeben.

* **Tauche und Sauertraut** ist nach einem Inserat der „Nieder Zeitung“ im dortigen „Main-schlöschchen“ abzugeben. Wenn da beim Verkaufen nur keine Verwechslung stattfindet.

Trotz Kohlennot

kann jedes Dach sofort in Stand gesetzt werden. Die Ambi-Dachstein-Maschine liefert Falzziegel, Pfannen, Kronen usw. im Handbetrieb

Anfragen an:

Ambi Abl. II K. Charlottenburg 9

Arthur Müller Bantzen u. Industriewerke
Goldene Medaille u. Staatspreis
vom Reichsverband für sparsame Bauweise.

An die Landwirte des Untertaunuskreises.

Vier Jahre haben die Landwirte des Untertaunuskreises ihre Pflicht getan, und es ist immer mit Dank anerkannt worden, daß es stets möglich war, der ganzen Bevölkerung die geschickten Mengen zukommen zu lassen. Verschiedene Umstände, die nicht erörtert zu werden brauchen, haben nun in jüngerer Zeit leider dazu geführt, daß die Butterablieferung so schlecht geworden ist, daß in den letzten Wochen gerade in den Stellen des Kreises, wo Arbeiterbevölkerung ist, vor allem den beiden Städten und der Umgegend von Niederrhausen keine Butter verteilt werden konnte. Es mag sein, daß die Landwirte der Zwangswirtschaft überdrüssig sind; wenn man aber berücksichtigt, daß man in Wiesbaden im offenen Laden — zu unerhörten Preisen — Butter kaufen kann, daß diese auch im Kreise gehandelt wird und daß wir keine Arbeiterschaft haben, die Kriegsgewinne gemacht hat, so glaube ich, daß ich an alle wohlgesinnten Landwirte mit Recht die Bitte richten kann, doch wenigstens in den nächsten Wochen, die für die versorgungsberechtigte Bevölkerung sehr schwer werden, die nötige Butter zur Verfügung zu stellen. Es ist wohl richtig, daß auch von der französischen Besatzung Butter und Eier gekauft werden, aber nicht in dem Maße, daß dadurch die Versorgung der ganzen Bevölkerung erschüttert werde.

Ich ersuche die Herren Bürgermeister, in geeigneter Weise auf die Landwirte hinzuwirken, und ich zweifle nicht, daß es ihrem Einfluß gelingen wird, ein einigermaßen befriedigendes Ergebnis zu erzielen.

Lg.-Schwalbach, den 12. März 1919.

Der Landrat:

J. B. Dr. Ingenohl, Kreisdeputierter.

Bürgermeisterversammlung.

Dienstag, den 18. März 1919:

vormittags 9 Uhr in Idstein, Gasthaus

„Zum Lamm“

nachmittags 3 Uhr in Langenschwalbach,

Schöffensaal.

Ich stelle den Herren Bürgermeistern anheim, an welcher Versammlung sie teilnehmen wollen; jedenfalls muß jeder der Herren Bürgermeister zu einer Versammlung erscheinen.

Langenschwalbach, den 14. März 1919.

Der Landrat:

J. V.: Dr. Ingenohl, Kreisdeputierter.

Zahlungsverkehr.

Geschäftszahlungen an im unbefestigten Deutsch-land wohnende Empfangsberechtigte sind durch Vermittelung folgender Banken zulässig:

Reichsbank Filiale Mainz.

Diskonto-Gesellschaft

Kronenberger u. Co.

Elbsächsische Bankgesellschaft

Lg.-Schwalbach, den 12. März 1919.

Der Landrat:

J. B.: Dr. Ingenohl, Kreisdeputierter.

Impfung.

Der Herr französische Administrator hat angeordnet, daß die ganze Bevölkerung, ausgenommen diejenigen Personen, die im letzten Jahre mit Erfolg geimpft sind, gegen Pocken (Blattern) geimpft werden müssen.

Wir ersuchen die Einwohnerschaft am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag dieser Woche jedesmal von 10—11 Uhr vorm. im Rathaus anzugeben, von welchem Arzt sie geimpft sein wollen.

Holzüberweisung.

Die am 14. d. Mts. in den städtischen Wald- distrikten Stöckelchen, Fichelsbüsch, Heidekopf und Binsgraben stattgehabte Holzversteigerung ist genehmigt und wird das Gehölz am 22. d. Mts., vormittags 9 Uhr den Steigern überwiesen.

Idstein, den 17. März 1919.

Der Magistrat:

Leichtfuß, Bürgermeister.

Holzversteigerung

Mittwoch, den 19. März d. Js., vorm. 10 Uhr beginnend, wird in dem hiesigen Stadtwald in den Distrikten

Hohkanzel und Steinritsch

folgendes Gehölz versteigert:

163 rm buchen Scheitholz

575 " " Knüppelholz

11525 " " Wellen.

Anfang an der Hohkanzel.

Bei ungünstiger Witterung findet die Versteigerung im Saale des Gastwirts Hahn in Niederrhausen statt.

Idstein, den 6. März 1919.

Der Magistrat:

Leichtfuß, Bürgermeister.

Einem gutenhaltenen Tisch zu verkaufen.

Limburgerstr. 1.

Nachruf!

Die Freude seiner Wiederkehr,
War nicht vergönnt den Seinen
Und mögen sie auch noch so sehr
Ihr Liebste nun beweinen.



Nun ruhe sanft im Heldengrab,
Befreit von allen Schmerzen,
Die Liebe, die dich hier umgab,
Lebt fort in unsern Herzen.

Am 9. Februar d. Js. starb nach 2jähriger aktiver Dienstzeit und 4 1/2 jähriger Kriegszeit infolge einer sich im Felde zugezogenen Krankheit im Lazarett zu Marburg in der Blüte seines Lebens unser guter Kamerad und treuer Freund

Karl Müller

Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Klasse.

Wir werden dem lieben Entschlafenen ein dankbares und ehrendes Andenken stets bewahren.

Niederrhausen, im März 1919.

Seine Kameraden und Freunde.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen

Heinrich Dörr

sagen wir allen unseren innigsten Dank. Besonders danken wir Herrn Pfarrer Dummermuth für die tröstenden Worte am Grabe, Herrn Lehrer Reitz für den Gesang mit den Schülern, dem Turnverein und seinen Mitarbeitern für die Niederlegung der Kränze, für die vielen Kranz- und Blumenpenden, sowie allen, die ihm das Geleit zur letzten Ruhestätte gegeben.

Königshofen, den 13. März 1919.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Der der Frigard Oppermann von hier, unter Nr. 1363 ausgestellte Personal-Ausweis ist abhanden gekommen und wird hierdurch für ungültig erklärt.

Die unter Nr. 2297 für Peter Hoffmann ausgestellte Legitimationskarte ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

Idstein, den 15. März 1919.

Der Bürgermeister: Leichtfuß.

Stadtkasse Idstein.

Die bis jetzt noch nicht eingelösten Holzscheine des im Januar verlosenen Holzes sind bis längstens den 22. d. Mts. einzulösen.

Der Stadtrechner.

Bekanntmachung.

Die am 25. Februar stattgefundene Stangenversteigerung im Distrikt Beerholz 14 ist genehmigt und werden die Stangen, Montag, den 17. März zur Abfahrt überwiesen.

Oberauroff, den 14. März 1919.

Wittich, Bürgermeister.

Holzversteigerung

Donnerstag, den 20. März d. Js., vorm. 10 1/2 Uhr, kommen im Lenzhahner Gemeinewald Distrikt Buchwald 10 u. 12:

331 Stück Kottannen-Stangen II. Kl.

326 " " " III. "

27 " " " IV. "

zur Versteigerung.

Lenzhahn, den 13. März 1919.

Roth, Bürgermeister.

Puddingpulver

mit Vanille- u. Zitronengeschmack

Banillezucker

Backpulver Dettner u. Sinner

Gelatine in Platten u. Pulver

echte Vanillen in Stangen

Bengers Süßspeise.

Wilh. Kornacher

Colonialw. u. Delikatessen

Idstein im Taunus

Bahnhofstrasse.

An- u. Verkaufsgenossenschaft Idstein.

Kleesamen, Dickwurfsamen (Ged-
dorfer) und Bleichmittel eingetroffen.

Ein braver

Junge

kann in die Lehre treten bei

Ehr. Dietrich, Bäckermeister.

Tüchtiges Mädchen,

das melken kann, gegen hohen Lohn gesucht.

Franz Phil. Klaus, Niederrhausen.

Zum alsbaldigen Eintritt suchen wir ein

Mädchen

für unsere Waschküche, Bügel- und Nähstube.

Meldungen nimmt entgegen die Direktion der

Anstalt Idstein.

Ehrliches, fleißiges

Mädchen

zum bald. Eintritt ges. Näh. im Berl. der Idst. Stg.

Gebrauchten, guterhaltenen

Kinderwagen

zu verkaufen. Näh. im Berl. der Idst. Stg.

Einem gebrauchten Sportwagen zu verk.

Kreuzgasse 9.



Entlaufen ein scharger **Dackel** mit gelbem Abzeichen. Wiederbringer erhält Belohnung. Näh. zu erfr. im Berl. der Idst. Stg.

Formulare für

Ein- und Ausfuhr

nach neuester Vorschrift

empfiehlt

Georg Grandpierre.

Kirchliche Nachrichten.

Katholische Kirche zu Idstein.

Mittwoch, den 19. am Feste des hl. Josef: Morgens 7 Uhr Segensmesse. Die österliche Zeit beginnt mit dem 2. Fastensonntag.

Pfarrer Buscher.